

Mensch und Maß

DRANGENDE LEBENSFRAGEN IN NEUER SICHT

Folge 21

9. 11. 1976

16. Jahr

Seite 998 bis 1001:

Offener Brief an Minister Matthöfer

Bad Pyrmont, den 19. 7. 1976

Sehr geehrter Herr Matthöfer!

Mit meinem heutigen – offenen – Schreiben will ich Ihnen an sieben Tatsachen aus Ihrem Verantwortungsbereich – anhand Ihrer eigenen Veröffentlichungen – nachweisen, daß sich Ihr Wissen um die Problematik der Atomenergie als völlig ungenügend erwiesen hat und daß Sie deshalb unverzüglich von Ihrem verantwortungsreichen Posten des Ministers für Forschung und Technologie zurückzutreten haben:

1. Sie gaben (lt. Welt v. 19. 7. 1976 Seite 2) ein Interview den Nürnberger Nachrichten, wobei Sie „die Automatisierung der Sicherheitsvorkehrungen“ für unerlässlich erklärten und behaupteten, „nur dadurch sei menschliches Versagen bei Kernkraftwerken auszuschließen“!

Demnach haben Sie sich weder mit dem Unfall in Gundremmingen noch mit dem ersten Störfall vom April 1972 in Würgassen ausreichend befaßt.

Hätten Sie die „Gutachtliche Äußerung der ARGE – TÜV Hannover/Rheinland vom Oktober 1972“ sorgfältig studiert, könnten Sie nicht so töricht daherreden.

Sie spielen den Unbelehrbaren!

2. Am 30. 12. 1975 meldete DPA, daß die Bundesregierung einen Ausschuß konstituiert hat, der prüfen soll, inwieweit der Betrieb und weitere Bau von Atomkraftwerken in der BRD mit der Verteidigungsfähigkeit unseres Staates in Einklang zu bringen sei.

Die Antwort auf diese vom Ausschuß vermutlich in umständlicher Weise zu prüfende Frage liegt längst vor: Bereits 1972 haben amerikanische NATO-Offiziere erklärt, „daß die Bundesrepublik Deutschland im Ernstfall leider wegen der Atomkraftwerke nicht mehr zu verteidigen sei“!

Diese Feststellung ist wohl der erdrückendste Teil der aktuellen Realität unseres Staatswesens. Bedeutet es letztlich, daß alle jene, die mit ihrem Amtseid geschworen haben, Schaden vom Volk abzuwehren, entweder leichtfertig und damit grobfahrlässig eidbrüchig geworden oder so unverantwortbar denkfähig sind, daß sie keinen Anspruch mehr erheben können, Beauftragte des Volkes zu sein, dessen Zukunft und Gegenwart sie aufs äußerste gefährden.

Einen wirksamen Schutz von 1300-MW-Atomkraftwerken gegen Sabotage und gegen kriegsrische Einwirkungen aller Art gibt es nach Auskunft der Betreiber und der Reaktorsicherheitskommission nicht.

„Die hiermit verbundenen Probleme gehen über die der technischen Auslegung eines Kernkraftwerkes hinaus und betreffen den militärischen und den politischen Gesamtbereich“, schrieb hierzu Professor Dr. Smidt, der Vorsitzende der Reaktorsicherheitskommission beim Bundesinnenministerium am 19. Oktober 1973.

Dr. Herbert Gruhl hat kürzlich zu diesem Thema öffentlich erklärt:

„Die verteidigungspolitischen Aspekte der Atomkraftwerke sind bis vor kurzem offiziell nicht beachtet worden. Ein Angreifer kann gegen die BRD mit konventionellen Waffen einen Atomkrieg führen. Er braucht nur einige Atomkraftwerke durch Geschosse oder Bomben zu zerstören, dann wird die freigesetzte Radioaktivität ganze Landstriche unbewohnbar machen. Derart dicht besiedelte Räume wie die BRD mit einigen Dutzend AKW zu überziehen, heißt unser Land verteidigungsunfähig zu machen!“

Wirtschaftsminister Riemer, NRW, will keine 46 Atomkraftwerke in der BRD bis 1985. Er meint: „Atomstrom wird sehr teuer, die Umweltprobleme, vor allem mit der Deponie des Atomabfalls, sind nach wie vor ungelöst.“ ... „ein mit so vielen Atomkraftwerken bestücktes Land läßt sich militärisch nicht mehr sinnvoll verteidigen“.

Ebenso ist Ihnen, Herr Matthöfer, – wie auch den Mitverantwortlichen – längst bekannt, und das weiß die Öffentlichkeit ja auch, daß Atomkraftwerke nicht gegen Sabotage, Terroristen und nicht gegen kriegsrische Einwirkungen geschützt werden können! Sogar die Betreiber, z. B. Vorstand und Aufsichtsratsvorsitzer des RWE, haben (am 30. 5. 1973, Seite 11) mir schriftlich gegeben:

„Eine sichere Auslegung gegen Kriegseinwirkungen aller Art ist allerdings nicht möglich und liegt auch nicht im Verantwortungsbereich eines industriellen Unternehmens. Schließlich läßt sich auch gegen Atombombenabwurf und organisierte, mit militärischer Stra-

tegie durchgeführte Sabotage kein absoluter Schutz vorsehen.“

Lesen Sie, Herr Matthöfer, mit Aufmerksamkeit den Spiegel-Bericht vom 19. 7. 1976, Seite 70: *Atomkraftwerke, Notfall im Frieden*, in welchem den Verharmlosungen von Dr. Montanus der KWU die rauhe Wirklichkeit gegenübergestellt wird: „Erstmalig habe die Ford-Administration den Entwurf für einen DESASTER-Plan erarbeitet, in dem nukleare Notfälle in Friedenszeiten und deren mutmaßliche Ursachen beschrieben werden.“

Bundesdeutsche Hersteller von Atomkraftwerken (KWU) erklärten am 8. 4. 1973 in Frankfurt: „Eine Gefährdung geht von Atomkraftwerken nicht aus; sonst wären die erteilten Genehmigungen nicht zu verantworten gewesen!“

3. In der 2. Auflage Ihrer „Bürgerinformation“ vom April 1976 behaupten Sie im Vorwort: „Die Bundesregierung hält die Technologie der Kernenergie für so sicher erprobt(?), daß die Vorteile ihres wirtschaftlichen Einsatzes die verbleibenden Risiken deutlich überwiegen“(!?).

Wer soll Ihnen das glauben! Wer wird Ihnen eine solche unqualifizierte Behauptung abnehmen!?

Im Schlußwort behaupten Sie noch kühner: „Um 1980 werden die Einsparungen durch die Kostenvorteile der Kernenergie in einem einzigen Jahr größer sein als die bis dahin für die eingesetzte Technologie ausgegebenen staatlichen Mittel.“(!?)

Auf Seite 123 heißt es obendrein: „Ein Kostenvorteil gegenüber Steinkohlenstrom bleibt dem ‚Atomstrom‘ jedoch auch bei geringerer Verfügbarkeit, bis herunter zu etwa 100 Betriebsstunden im Jahr, erhalten.“(!?)

Und zum Schluß sagen Sie lapidar, aber unzutreffend: „Die Kostenvorteile der Kernenergie kommen der Volkswirtschaft insgesamt zugute. Sie steigern ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit, sichern damit qualifizierte Arbeitskräfte in unserem Land und wirken den Preisanstiegstendenzen entgegen, die insbesondere infolge der starken Ölverteuerung in allen Ländern zu beobachten sind.“

Alle diese klaren Aussagen sind nur Behauptungen, Werbesprüche aus der Atom-Industrie. Diese Formeln bedeuten nichts anderes als eine Dunstglocke

über noch unbekannten Tatsachen und über jederzeit möglichen Katastrophen.

Warum sich der Forschungsminister in einer solchen Art vor den Wagen der Atomkraftwerks-Industrie spannen läßt, möge sein Geheimnis bleiben!

4. Das „Abwärmeproblem“, Seite 99 in der 2. Auflage Ihrer „Bürgerinformation“, stellen Sie so dar:

„Bei einem modernen Öl- oder Kohlekraftwerk werden nur *rund 40 %* der erzeugten Wärme zu elektrischer Energie. Bei einem Kernkraftwerk mit Leichtwasserreaktor sind es *etwa 33 %*. Dies liegt an der *etwas niedrigeren*(!?) Dampftemperatur, die diese Kernkraftwerke im Vergleich zu fossil beheizten Anlagen erreichen.“ – „Das Abwärmeproblem verschärft sich noch dadurch, daß Kernkraftwerke aus Gründen der Wirtschaftlichkeit in größeren Einheiten gebaut werden als fossil beheizte Kraftwerke.“

Es erscheint notwendig, daß Sie, Herr Matthöfer, sich z. B. von Professor Dr. Rudolf Schulten, Jülich, dieses Problem erklären lassen, damit Ihnen wenigstens nachträglich deutlich wird, welchen Unsinn Sie hier in Form von Bürgerinformationen verzapft haben!

„Etwas niedrigere Temperatur bei Kernkraftwerken“! In Wirklichkeit stehen 270° C Temperatur bei Kernkraft 550° C bei konventionellen Kraftwerken gegenüber. Das bedeutet: daß zur Erzielung gleicher Leistung beim Kernkraftwerk 60 % mehr Dampf und ebenso 60 % mehr Kühlwasser benötigt wird! Es kommt jedoch hinzu, daß „aus Gründen der Wirtschaftlichkeit“(!) das Kernkraftwerk für 1300 MW ausgelegt wird, wohingegen das fossile Kraftwerk höchstens 800 bis 100 MW leisten soll. Damit zeigt sich deutlich, welche Auswirkungen ein 1300-MW-Atomkraftwerk in Bezug auf die Abwärme haben wird! An welchem Fluß kann man heute noch ein 1300-MW-Atomkraftwerk errichten?!

Glauben Sie vielleicht, an der Weser sei das möglich?

Dazu füge ich mein Schreiben an Dir. Keltsch, Preag, hier an.

5. Auch bei dem Projekt 1300-MW-Atomkraftwerk Grohnde/Weser spielt sich erneut der *Schwindel* der Genehmigungsbehörden ab: Zuerst wird – ohne Prüfung der Wasserverhältnisse – die Standortgenehmigung und die 1. Teilgenehmigung erteilt; jedoch die Wasserrechtliche Prüfung wird *um einige Jahre nachgeschoben*, wenn die ersten Hunderte von Millionen Mark verbaut sind an einer Stelle, die aus wasserrechtlichen Gründen gar nicht in Frage kommt! So hier bei der Weser, die bereits umgekippt ist infolge von hohen Salzfrachten aus der DDR und wegen des Atomkraftwerks Würgassen, das nur rund 40 km oberhalb von Grohnde errichtet worden ist.

Auch hier das übliche Bild: *keine Erörterung* – sondern *höchstens eine „Anhörung“* (weder die Beschwerden noch die Petitionen beim Landtag haben einen Erfolg!).

Also eine vorher bestimmte Farce!

Offensichtlich will man die Bürger nur ein wenig „informieren“; die Bürger, die alles bezahlen müssen – notfalls auch mit ihrem Leben! Hält man sie höheren Ortes etwa für Trottel?!

6. In der „Welt“ vom 19. 7. 1976 (Seite 13) klagt Dieter Wendelstadt, Vorstandsvorsitzender der Colonia Lebensversicherung Köln, unter der Rubrik „Auf ein Wort“: „Eines der immer stärker in den Vordergrund tretenden Probleme der Versicherungswirtschaft ist die ständig wachsende Zahl von Großrisiken bei Objekten wie Kernkraftwerken, Riesentankern und Bohrinseln. Hier wie dort müssen Deckungssummen zur Verfügung gestellt werden, deren Bereitstellung nur noch unter Hinzuziehung weltweiter Deckungskapazitäten möglich ist.“!

7. Dieses Problem der Versicherung ist ebenso wenig beachtet, wie das

der Selbstfinanzierung der Atomgroßkraftwerke oder auf dem Wege des Leasing-Verfahrens!

Daß die Demontage und Beseitigung der kontaminierten Teile nach Beendigung der Betriebszeit Sache des Betreibers ist und demzufolge *bilanziell* ab Inbetriebsetzung eingearbeitet werden muß, bedarf der *unausweichbaren Fixierung*.

Daß die Atom Müll-Zwischenlagerung beim Atomkraftwerk zwecks Teil-Abklings nicht abgesichert werden kann, weiß die Öffentlichkeit.

Daß die sogenannte „Entsorgung“(!), die Endablagerung für Jahrhunderte und Jahrtausende, ein ebenfalls noch ungelöstes Problem bedeutet, *sollte vor allem der Forschungsminister* genau wissen und die einzig richtige Reihenfolge des Vorgehens einhalten, statt zuzulassen, daß auch hierin „das Pferd von hinten aufgezäumt wird“!

Oder denken Sie, Herr Matthöfer, wie Alwin Weinberg: „Man braucht eine Priesterschaft der Kernenergie, Gralsritter, die noch in hundert oder zweihundert Jahren die Atomabfälle bewachen, die wir heute produzieren“!?

Haben Sie, Herr Matthöfer, sich an diese gespenstische Vorstellung schon gewöhnt?

Den VDI-Nachrichten vom 27. 2. 76 zufolge sind die Rollen bereits verteilt für die „Entsorgung der Kerntechnik“: „Die Verantwortung für die Zwischenlagerung, für die zentrale Wiederaufbereitung und für die Endlagerung radioaktiver Abfälle soll der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig übertragen werden; die Verwaltung übernimmt der Bund.“!

Warum kleben Sie an Ihrem Amt, das Ihnen unlösbare Probleme stellt?! Haben Sie die inneren Zusammenhänge dieser Problematik wirklich nicht erkannt?! Wie wollen Sie verstanden sein?

Hochachtungsvoll!

Dipl.-Ing. Dr. Ing. Reinhardt